adischer Hof.
Abend 8 Uhr:
volle Dolch
ramm.

tanzstunde
erden noch einige
n gesucht.
gen Bogner.
37 an die Geschäftsstelle

aladung.
ndte, Freunde und
stag, den 18. No-
sfeier
thaus zum „Hirsch"
einzuladen.
erer
irschwirt in Igelsloch.
Baier
er in Oberlengenhardt.
Igelsloch.
esonderen Einladung

aladung.
ndte, Freunde und
stag, den 18. No-
zum „Adler" in
ioden
sfeier
terle
hauer in Bieselsberg
gemuth
Maurer in Zainen
hr.

le
r Felle all. Art.
150 Mark u. mehr.
Adresse ausschneiden.
Pforzheim,
Lindenstraße 52.

ubenverkauf.
weiße mit Hauben,
2 Starblassen,
Feldtauben.
cher, beim „Lamm",
Speßhardt.

Gechingen.
inen neuen vernickelten
u. einen gebrauchten
Zimmer-
Ofen
z- und Kohlenheizung)
auft
Chr. Wuchter,
Schreinermeister.

lwer Tagblatt".

Calwer Tagblatt

Nr. 268 — Amts- und Anzeigeblatt für den Oberamtsbezirk Calw. — 97. Jahrgang.

Erscheinungsweise: 6mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die kleinspaltige Zeile Mk 14.— Reklamen Mk. 40.—. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100 %. — Fernspr. 9.

Donnerstag, den 16. November 1922.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn Mk. 540.—. vierteljährlich. Postbezugspreis Mk. 540.— mit Bestellgeld. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Die Krisis im Reichskabinett ist nach den neuesten uns vorliegenden Nachrichten noch keiner Möglichkeit einer Lösung näher gekommen. Es scheint, daß sowohl die Sozialdemokratie wie die Deutsche Volkspartei bereit wären, die große Koalition einzugehen, aber beide Parteien nur unter bestimmten Bedingungen, und die enthalten eben wahrscheinlich die Trennungspunkte. Wahrscheinlich wird aber über die Möglichkeit der großen Koalition doch noch weiter verhandelt. Im Falle der Ablehnung der Sozialdemokratie soll nach der „Kreuzzeitung" die Deutschnationale Volkspartei zur Unterstützung eines bürgerlichen Kabinetts bereit sein. Wie schon vor dem Rücktritt des Kabinetts verlautete, denkt man auch an die Bildung eines sog. Wirtschaftskabinetts, in dem also führende Männer aus Wirtschaftskreisen, und zwar wohl der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer, vertreten wären. Auch als Reichskanzler will man eine mehr politisch neutrale Persönlichkeit. Zentrum und Sozialdemokratie scheinen jedoch an Wirth weiter festhalten zu wollen. Den Auftrag zur Kabinettsbildung hat der Reichspräsident noch nicht erteilt, ein Zeichen, daß die Lage noch nicht geklärt ist.

*

Die Orientkrisis spitzt sich anscheinend immer mehr zu. Die türkischen Nationalisten wollen — nach den Ententeberichten — unter allen Umständen Konstantinopel besetzen, die Alliierten aber wollen die Stadt nicht vor Friedensschluß freigeben. Die Alliierten haben beschlossen, neue Forderungen der Kemalisten in Lausanne überhaupt nicht zur Sprache kommen zu lassen. Andererseits wird der Druck der orientalischen Völker und der Russen immer stärker. Auf die russische Note an Rumänien bezüglich Rückgabe Bessarabiens hat die polnische Regierung in Moskau wissen lassen, daß bei einem Angriff auf Bessarabien für Polen der Bündnisfall gegeben sei, daß also die Polen den Rumänen zu Hilfe kommen würden. Man sieht, die Kleine Entente würde im Kriegsfalle also ebenfalls mitwirken, sodaß bei einer unnachgiebigen Haltung der Türken in jedem Augenblick ein neuer großer Krieg ausbrechen kann.

Zur Krisis in der Reichsregierung.

Die seit der Vereinigung der beiden sozialistischen Parteien und der darauf eingeleiteten Bildung einer Arbeitsgemeinschaft der Mitte, bestehend aus Zentrum, Demokratie und Deutscher Volkspartei akut gewordene Regierungskrisis ist nun durch die endgültige Ablehnung der Aufnahme der Deutschen Volkspartei in die Regierung durch die Sozialdemokraten akut geworden. Die ablehnende Haltung der Sozialdemokratie ist aus den politischen Ereignissen der letzten Monate zu erklären. Prinzipiell war die Sozialdemokratie im Frühjahr bereit, die große Koalition, auf die sie doch auch im größten Bundesstaat, in Preußen, eingegangen war, auch im Reich anzunehmen. Aber die Ermordung Rathenaus, die Haltung Bayerns in der Frage der Gesetze zum Schutz der Republik und die Tätigkeit der monarchistischen und extremen Rechtsorganisationen hatte nicht nur die Vereinigung der Mehrheitssozialisten und Unabhängigen veranlaßt, sondern auch stärkstes Mißtrauen gegen den rechten schwerindustriellen Flügel der Deutschen Volkspartei ausgelöst, der neben seinem offenen monarchistischen Bekenntnis auch für Aufhebung des Achtstundentags eintrat. Die Sozialdemokratie befürchtet also von dieser Seite eine Gefährdung nicht nur der heutigen Verfassung, sondern auch ihrer Wirtschaftspolitik. Zudem hat sie bei einem Zusammengehen mit der Volkspartei unter den heutigen Umständen mit einer Radikalisierung ihrer Wählermassen zu rechnen, die durch die furchtbare Wirtschaftsnot ins radikale Lager überzugehen neigen. Gegenüber diesen Hauptgründen der Sozialdemokratie gegen die Koalitionserweiterung führt die Arbeitsgemeinschaft der Mitte an, daß wir zwecks Stärkung unserer Haltung nach außen hin unbedingt eine starke Mehrheit brauchen, die die Entente bei ihren Entscheidungen in der Reparationsfrage nicht unbeachtet lassen könne. Weiterhin hat man in den Kreisen der seitherigen Koalition, also im Zentrum und der Demokratie, infolge des Zusammenschlusses der Sozialdemokraten den Eindruck gewonnen, daß durch ein Uebergewicht der Sozialdemokratie im Reichskabinett eintrete, das man durch Hinzuziehung der Volkspartei wieder ausgleichen wollte. Dazu kommt, daß auch Zentrum und Demokratie auf die Stimmung in ihren Wählerkreisen Rücksicht zu nehmen haben, und zwar auf die selbständigen Wirtschaftskreise des Handels, des Handwerks, der Industrie und Landwirtschaft, die mit der mechanischen Tarifpolitik inbezug auf die Wirtschaftsbetriebe des Reichs, mit den starren Tarifen bei Bezahlung namentlich der Jugendlichen und mit dem schematischen 8-Stundentag nicht zufrieden sind.

Alle diese Fragen werden bei der Entscheidung über die Erweiterung bezw. Neubildung der Reichsregierung offen oder stimmungsmäßig mitsprechen, und es wird daher sehr schwer werden, die von der Arbeitsgemeinschaft der Mitte angestrebte große Koalition zustandezubringen. Im Augenblick der Abfassung dieser Ueberlegungen ist noch nichts über etwaige Schritte zur Kabinettsbildung bekannt. Zwar hatte der Reichskanzler den Sozialdemokraten erklärt, daß im Falle der Ablehnung der Koalitionserweiterung in 24 Stunden eine Regierung aus den Parteien der Arbeitsgemeinschaft gebildet würde, aber diese Regierung müßte erst noch die Bestätigung durch den Reichstag erfahren, und da würde es sich dann fragen, ob die Regierungskoalition des Zentrums, der Demokratie und der Deutschen Volkspartei entweder von den Sozialdemokraten oder den Deutschnationalen stillschweigend unterstützt würde. Die erstere Annahme wäre nicht unmöglich, wenn man das Amt des Reichspräsidenten und andere höhere politische Beamtenstellen den Sozialdemokraten auch weiterhin belassen würde, die Annahme, daß die Deutschnationalen im Falle der Ablehnung dieser Kombination durch die Sozialisten das Kabinett der Mitte stützen würden, erscheint uns nicht sehr aussichtsreich, obwohl es denkbar wäre, daß zwecks Vermeidung einer Schwächung unserer Stellung nach außen hin man vielleicht sich bei der Abstimmung passiv verhalten würde. Stimmen sowohl Sozialdemokraten wie Deutschnationale gegen die aus der Arbeitsgemeinschaft gebildete Regierung, so erhält sie keine Mehrheit im Reichstag, selbst wenn die bayrische Volkspartei, also das bayrisch-partikularistische rechtsstehende Zentrum, mit ihren 21 Stimmen noch zur Koalition treten würde. Zur Erklärung dieser Berechnung ist es vielleicht gut, wenn wir an die Verteilung der Mandate erinnern, wie sie aus den Juniwahlen 1920 sich ergaben. Die Mehrheitssozialisten hatten damals 110 Sitze erhalten, die Unabhängigen 80, sodaß die geeinigten Sozialisten heute über 190 Sitze verfügen. Demgegenüber hätte die Arbeitsgemeinschaft der Mitte nur 173 Stimmen (Zentrum 67, Deutsche Demokratische Partei 45, Deutsche Volkspartei 61), und wenn die bayrische Volkspartei mit ihren 21 Sitzen dazu treten würde, nur 194 Sitze, mit dem bayrischen Bauernbund zusammen 198 Sitze. Verhält sich also die Deutschnationale Volkspartei mit ihren 65 Sitzen auch ablehnend, so würde das Kabinett der Mitte mit 251 gegen 198 Stimmen scheitern, enthält sie sich der Abstimmung, so könnte es mit knapper Mehrheit siegen, wodurch aber eben wieder nicht die klare große Volksmeinung nach außen hin zum Ausdruck käme. Diese brauchen wir aber angesichts der letzten an die Reparationskommission gerichteten Vorschläge, die auch im Innern große wirtschaftliche Veränderungen voraussetzen, die wir oben angedeutet haben. Wenn man also Neuwahlen vermeiden will — für die sowohl auf der Linken wie auf der Rechten Neigung besteht, weil man „gute Wahlparolen" einerseits aus den inneren Zuständen, andererseits aus dem äußeren Druck zu schlagen hofft —, so wird man durch Zurückstellung der Parteifragen entweder mit den Sozialdemokraten oder den Deutschnationalen eine große Koalition zu bilden bemüht sein müssen, und zwar unter der einzig möglichen Parole: **Geschlossene Front nach außen** unter möglichstem Ausgleich der inneren Interessengegensätze auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete.

O. S.

*

Der letzte Markstabilisierungsvorschlag durch die Regierungskrisis unberührt.

Berlin, 15. Nov. Von zuständiger Seite wird erklärt: Der Rücktritt der jetzigen Regierung berührt in keiner Weise das in der Note vom 12. November an die Reparationskommission dargelegte Stabilisierungsprogramm. Die Reichsregierung hat die Note erst überreichen lassen, nachdem sie mit den Führern der bisherigen Koalitionsparteien und der Deutschen und der Bayerischen Volkspartei eingehend erörtert worden war. Jede kommende Regierung, wie sie auch gestaltet sein möge, wird daher hinter diesem Programm stehen müssen.

Stimmen der Berliner Parteipresse.

Berlin, 15. Nov. Der „Berliner Lokalanzeiger" sieht die Ursache der diesmaligen Regierungskrise in dem Verlangen der Entente, daß endlich etwas in Deutschland geschehen solle. Zum erstenmal sei in der deutschen Republik eine innere Krise ausgebrochen, weil es sich tatsächlich um Reformen handle, die zum Wiederaufstieg Deutschlands unbedingt nötig seien. — Sowohl die „Vossische Zeitung" als auch das „Berliner Tageblatt" führen die Demission des Kabinetts darauf zurück, daß in der Sozialdemokratie und auch in der Deutschen Volkspartei das Parteiinteresse über das Interesse des Landes gesiegt habe. — Der „Vorwärts" sieht die Ursache der Krise in einem Versagen der Führung und in einer zu starken Entwickelung der Neigung, die eigentlichen Entscheidungen in Parteikonferenzen statt im Reichstagsplenum herbeizuführen. — Auf die Frgae: „Was nun?" gibt die „Vossische Zeitung" die Antwort, daß nur die Möglichkeit bleibe, die bisherige Koalition beizubehalten und bei der Neubesetzung der Ministerien mittelparteiliche Wirtschaftler zu berücksichtigen. An eine Wiederkehr Dr. Wirths als Kanzler glaubt das Blatt nicht. — Auch das „Berliner Tageblatt" hält ein Ministerium der Persönlichkeiten für am aussichtsreichsten. — Der „Vorwärts" erklärt, daß eine Regierung, die von den Parteien der Bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft gebildet werde, nicht auf ein Vertrauensvotum der Sozialdemokratie rechnen könne. Die Sozialdemokratie denke nicht daran, sich in den Schmollwinkel zurückzuziehen. Sie sei bereit, an der Führung einer positiven Regierung mitzuwirken, die den Lebensnotwendigkeiten des arbeitenden Volkes gerecht werde.

Die Frage der Reichskanzlerschaft.

Berlin, 16. Nov. Die Lösung der Regierungskrise ist gestern nachmittag nicht gefördert worden. In den Besprechungen des Reichspräsidenten mit den Parteiführern erklärte der Abgeordnete Marx laut „Vossischer Zeitung", daß das Zentrum nicht nur sich weigern müsse, Vorschläge für die Nachfolgerschaft Wirths zu machen, sondern auch keinem seiner parlamentarischen und außerparlamentarischen Mitglieder es gestatten würde, das neue Kabinett zu bilden. Ebenso wie das Zentrum soll es, dem gleichen Blatt zufolge, auch die sozialdemokratische Fraktion abgelehnt haben, den Reichskanzler zu stellen. Da die demokratische Fraktion als die kleinste der bisherigen Koalition anscheinend nicht in Frage komme, werde, wie das Blatt schreibt, nach seiner außerhalb des Reichstags und auch außerhalb des eigentlichen Parteigetriebes stehenden Persönlichkeit Umschau gehalten, die nicht ein Koalitionskabinett, sondern ein „freies Kabinett der Köpfe" bilden soll. — Der „Berliner Lokalanzeiger" hält es dagegen für möglich, daß Dr. Wirth wiederkehrt und an die Spitze eines solchen Kabinetts tritt.

Noch kein Auftrag zur Kabinettsbildung erteilt.

Berlin, 15. Nov. Der Reichspräsident hat vormittags mit dem Reichspräsidenten Löbe, sowie mit den Vorsitzenden der Fraktionen der Sozialdemokratischen Partei, des Zentrums, der Bayerischen Volkspartei und der Demokratischen Partei die Lage besprochen. Einen Auftrag zur Kabinettsbildung hat der Reichspräsident bis jetzt noch nicht erteilt.

Der Reichspräsident für ein Kabinett von Wirtschaftsführern.

Berlin, 15. Nov. Bei den Besprechungen des Reichspräsidenten mit den Parteiführern über die Neubildung des Reichskabinetts soll mehreren Blättern zufolge, die Auffassung vorgeherrscht haben, daß man noch am besten mit einem Kabinett der Persönlichkeiten die Krise meistern könne. Der Reichspräsident soll nach dem „Berliner Lokalanzeiger" den Parteiführern auseinandergesetzt haben, daß die Bildung eines reinen Wirtschaftskabinetts nötig sei, um dem Ausland die Zusammenfassung aller wirtschaftlichen Kräfte Deutschlands vor Augen zu halten. Heute Nachmittag nahm der Reichspräsident auch noch mit anderen Parteiführern Rücksprache über die Lage. Außerdem traten die einzelnen Fraktionen heute Nachmittag zu Besprechungen zusammen.

Eine Erklärung des Zentrums.

Berlin, 15. Nov. Die Zentrumsfraktion des Reichstags läßt erklären: Die Zentrumsfraktion des Reichstags hat am Mittwoch Morgen sich mit der durch die Demission des Kabinetts Wirth geschaffenen Lage beschäftigt. Die Fraktionen des Zentrums, der Demokraten und der Bayerischen Volkspartei hatten angesichts der außen- und innerpolitischen Erfordernisse die große Koalition verlangt. Die

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

vereinigte Sozialdemokratie hat diese politische Notgemeinschaft abgelehnt. Die einmütige Auffassung der Zentrumsfraktion geht dahin, daß nach dieser innerpolitischen Entwicklung der letzten Tage der Zentrumspartei keinerlei Initiative bei der Neubildung des Kabinetts zufällt. Dem bisherigen Reichskanzler Wirth haben die Zentrumsfraktion des Reichstags und die übrigen Parteiinstanzen noch kürzlich ihr volles Vertrauen ausgesprochen. Daran hat sich nichts geändert; vielmehr hat die letzte außenpolitische Tat der Regierung Wirths, nämlich die letzte Note an die Reparationskommission, am 13. November wiederum die ungeteilte Zustimmung der ganzen Zentrumsfraktion wie überhaupt die Billigung der Fraktionen von der Deutschen Volkspartei bis einschließlich der vereinigten Sozialdemokratie gefunden. Das einzige Erfreuliche an der gegenwärtigen verworrenen kritischen Lage ist diese außenpolitische Klarheit. Allerdings besteht leider die Gefahr, daß der außenpolitische Erfolg durch die innerpolitischen Schwierigkeiten, für die die Zentrumsfraktion keinerlei Verantwortung trägt, stark beeinträchtigt werden könnte.

Zur Haltung der Sozialdemokratie.

Berlin, 16. Nov. Der „Vorwärts" betont erneut die Bereitwilligkeit der Sozialdemokratie, weiter ihren Teil an der Last der Verantwortung zu tragen, allerdings unter der Bedingung, daß sie auch innerhalb der Partei verantworten könne, was man ihr äußerlich zu verantworten zumute.

Die Auffassung der deutschen Volkspartei.

Berlin, 15. Nov. Ueber die Stellung der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei, die heute vormittag zu einer Beratung zusammengetreten ist, teilt die „Zeit" mit, daß in der Fraktion vorwiegend die Meinung vertreten wurde, daß ein Kabinett der Arbeitsgemeinschaft wohl die glücklichste Lösung der Regierungskrise sei, da es die Möglichkeit biete, alle Kräfte einheitlich zusammenzufassen und einzusetzen. Diese Notwendigkeit liege vor allen Dingen bei der Besetzung des Ministeriums des Aeußern, des Wirtschafts- und des Finanzministeriums vor. Unter diesen Umständen habe man auch die allergrößten Bedenken gegen eine etwaige Zurückberufung des bisherigen Reichswirtschaftsministers auf diesen Posten. Die Leitung dieses Ministeriums müsse ebenso wie die des Verkehrs- und des Postministeriums in kaufmännische Hände gelegt werden. Wie das Blatt weiter schreibt, scheint bei der zunächst beabsichtigten Bildung eines Kabinetts der Persönlichkeiten geplant zu sein, die in der letzten Reparationsnote niedergelegten Leitsätze als programmatische Grundsätze zu nehmen.

Die deutsche Volkspartei für ein Kabinett der Arbeitsgemeinschaft der Mitte.

Berlin, 16. Nov. Die Deutsche Volkspartei tritt, laut „Deutscher Allgemeiner Zeitung", falls die große Koalition nicht erreichbar ist, für ein Kabinett der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft ein.

Die deutsche Volkspartei Preußens zur ablehnenden Haltung der Sozialdemokratie.

Berlin, 15. Nov. Die „Sozialdemokratische Korrespondenz" teilt mit, daß der Fraktionsvorstand der Deutschen Volkspartei im preußischen Landtag am Montag dem preußischen Ministerpräsidenten erklärt habe, daß die Fraktion für den Fall des Nichtzustandekommens der großen Koalition im Reich in Preußen die Konsequenzen ziehen wolle.

Berlin, 16. Nov. Laut „Berliner Lokalanzeiger" wird von volksparteilicher Seite die Korrespondenzmeldung, wonach der volksparteiliche Fraktionsvorstand im preußischen Landtag beschlossen habe, im Falle des Nichtzustandekommens der großen Koalition auch für Preußen die Konsequenzen zu ziehen, als falsch bezeichnet.

Mitarbeit der Deutschnationalen an einem Kabinett ohne Sozialdemokratie.

Berlin, 16. Nov. Die „Kreuzzeitung" stellt für den Fall der Bildung eines Kabinetts ohne Sozialdemokraten die Mitarbeit der Deutsch-Nationalen Volkspartei in Aussicht.

Zur Orientkrisis.

Die Lage der Alliierten in Konstantinopel.

Paris, 15. Nov. Nach einer Havas-Meldung aus Rom erfährt die „Agenzia Stefani" aus Konstantinopel, daß die alliierten Oberkommissare beschlossen haben, sich die etwaige Verhängung des Belagerungszustandes nur für den äußersten Fall vorzubehalten und inzwischen eine gleichzeitig energische und entgegenkommende Haltung zu bewahren, damit das Prestige der Mächte erhalten bleibt und gefährliche Zwischenfälle vermieden werden. Man dürfe hoffen, daß die Lage keine Verwickelungen erfahren werde, obwohl der türkische Druck auf Konstantinopel im Wachsen begriffen sei. Verstärkungen sollen jetzt mit Verzögerungen eintreffen. Die Ausländer beginnen, Konstantinopel zu räumen und die Oberkommissare begünstigen diesen Auszug.

Die Vorbereitungen der Entente für Lausanne.

London, 15. Nov. Reuter meldet, die britische, die französische und die italienische Regierung hätten durch die üblichen diplomatischen Kanäle die Vorbereitungen im Zusammenhang mit der Lausanner Konferenz begonnen. Großbritannien habe in Paris wie in Rom seine Auffassung mitgeteilt. Voraussichtlich werde Curzon Ende dieser Woche nach Paris reisen, um dort mit Poincaré zu beraten. Beide Staatsmänner würden darauf in Lausanne eine Zusammenkunft mit Mussolini haben. Curzon bestehe noch immer darauf, daß ein endgültiges alliiertes Uebereinkommen vor der Eröffnung der Lausanner Konferenz hergestellt werde.

Amtliche Bekanntmachung

Kommunalverband Calw.

Durch die anhaltende Preissteigerung, die in jüngster Zeit von Tag zu Tag sich schärfer auswirkt, hat sich der Württbg. Bäckerinnungsverband veranlaßt gesehen, um Zulassung einer Erhöhung der seit 1. November ds. Js. geltenden Brotpreise zu bitten.

Die Landesversorgungsstelle, Abtlg. Getreide in Stuttgart hat in Würdigung der Lage dem Gesuch entsprochen; es wird der Preis für 1 Klg. Markenbrot auf 50.— **Mark**, für ½ Klg. Markenbrot auf 25.— **Mark** ab 16. November 1922 festgesetzt.

Calw, den 13. Nov. 1922.

Kommunalverband: Oberamtmann Gös.

Paris, 15. Nov. Havas berichtet aus London: In dem Memorandum, daß nach Paris abgesandt werden wird, wird das Außenministerium verlangen, daß Frankreich seine Auffassung kundgebe, zu gleicher Zeit aber selbst die seinige mitteile über gewisse Fragen betreffend Mossul, Syrien, Mesopotamien, die Volksabstimmung in den arabischen Ländern und in Westthrazien, mit einem Wort über alle Fragen, die von den Kemalisten seit dem Abkommen von Mudania aufgeworfen worden sind. Ein anderer Teil des Memorandums betreffe die Kapitulationen, ob es sich nun um Fragen wirtschaftlicher oder juristischer Art handele. Es soll festgestellt werden, wie man sich über das neue Statut einigen könne, das in gewissen Fällen anstelle des alten Statuts treten soll. Ferner handele es sich um die Fragen der Zölle, der Post, der Häfen und des Regimes der Ausländer, sowie des Regimes der Gerichtshöfe, denen unter dem System der Kapitulation die verschiedenen Nationalitäten unterstehen, die sich in Konstantinopel aufhalten.

Französische Proteste gegen die Haltung der Kemalisten.

London, 14. Nov. Reuter meldet aus Konstantinopel: Die französischen Konsuln in Mersina und Adana sind hier eingetroffen. Sie wurden von den Kemalisten ausgewiesen. Ihre Ernennung war seinerzeit auf Grund des von Franklin Bouillon abgeschlossenen Abkommens erfolgt und bezweckte die Sicherstellung des Schutzes der christlichen Minderheiten. Vor einer Woche ist bereits der französische Konsul in Brussa ausgewiesen worden. Eine Versammlung namhafter französischer Kaufleute hat eine energische Denkschrift an die französische Regierung gerichtet, worin erklärt wird, die französischen Wirtschaftsinteressen in Kleinasien seien vom Ruin bedroht, wenn den Türken gestattet werde, die gegenwärtige Politik ungehindert fortzusetzen.

Die üblichen „Beobachter" Amerikas.

London, 15. Nov. Reuter meldet aus Washington: Das Staatsdepartement gibt bekannt, daß die amerikanischen diplomatischen Vertreter in Rom und Bern, Child und Grew zu Beobachtern für die Lausanner Konferenz ernannt wurden.

London, 15. Nov. Nach einer Reuter-Meldung aus Washington gehen ein Kreuzer und 3 Zerstörer am 18. November nach dem nahen Osten ab. —Selbstverständlich handelt es sich auch hier nur um „Beobachter".

England unterstützt die Gegner der türkischen Nationalisten.

Paris, 14. Nov. Die „Chicago Tribune" meldet aus Athen, es verlaute aus Mytilene, daß Tewfik Pascha, der frühere Scheik und Islam Sabri und der Abgeordnete Riza, sowie andere hervorragende Persönlichkeiten, die den Kemalisten feindlich gesinnt seien, an Bord eines Dampfers nach Alexandria unterwegs seien. Sie hätten versichert, daß die Antikemalisten in Konstantinopel den Schutz der englischen Truppen erbeten hätten, daß eine starke Abteilung Engländer Tag und Nacht den Palast des Sultans bewache und daß englische Kriegsschiffe in der Nähe vor Anker lägen und bereit seien, den Sultan zu verteidigen.

Polnisch-rumänisches Militärbündnis.

London, 15. Nov. Dem „Daily Telegraph" zufolge hat die polnische Regierung der Sowjet-Regierung mitgeteilt, daß jeder Angriff auf das rumänische Bessarabien durch die Rote Armee als ein casus belli angesehen werde. — Daß Polen und Rumänien ihren jetzigen mit Hilfe der Entente erlangten Besitzstand sich gegenseitig garantieren, war ja bekannt.

Ausland.

Deutsche Mehrheit bei den Wahlen in Polnisch-Oberschlesien.

Berlin, 15. Nov. Ueber das Ergebnis der polnischen Sejmwahlen in Oberschlesien meldet die Vossische Zeitung, daß die Wahlen eine unzweifelhafte deutsche Mehrheit in dem an Polen abgetretenen Teil Oebrschlesiens ergaben.

Streik im Industriegebiet von Lodz.

Lodz, 16. Nov. An dem Streik der Textilindustrie beteiligen sich nicht nur die Arbeiter des Lodzer Industriegebiets, sondern auch die anderer Industriezentren wie des von Tomaschow und Pavianco. Die Zahl der Streikenden wird auf 100 000 geschätzt. Die Textilfabrikanten sind bereit, 20 Prozent der geforderten Lohnerhöhung zu bewilligen.

Protest der französischen Geistlichen gegen die Beschuldigung der Drückebergerei.

Paris, 15. Nov. In der Kammer ist die Strafverfolgung des Abgeordneten Painlevé verlangt worden. 167 Geistliche der Diözese Montpellier fühlen sich durch eine Rede des Führers der republikanischen Liga beleidigt, in der dieser bei der Enthüllungeiner Büste von Jaurès gesagt haben soll, nicht die Laienlehrer seien die Drückeberger während des Kriegs gewesen, es seien die Männer gewesen, die die schwarze Robe trügen. Die Klage lautet auf Verleumdung.

Die Zahl der Arbeitslosen in England.

London, 15. Nov. Die Zahl der Arbeitslosen in England hat in der letzten Woche um 29 614 zugenommen und beträgt jetzt 1 366 000.

Die Abzahlung der englischen Kriegsschulden an Amerika.

Newyork, 16. Nov. Das Bankhaus Morgan hat der Bundesreservebank eine weitere Summe von 50 Millionen Dollar als Teilzahlung des Zinsendienstes der britischen Kriegsschuld an die Vereinigten Staaten zugestellt.

Deutschland.

Das Saargebiet in französischer Gewalt.

Leibesvisitationen der Saarbergleute auf französischen Befehl.

(Grz.) **Homburg, (Saarpfalz)**, 14. Nov. Die französische Generaldirektion der Saargruben hat neuerdings angeordnet, daß sämtliche Bergleute sich vor Betreten des Bergwerks einer Leibesvisitation durch die Grubenwächter zu unterziehen haben. Diese Maßnahme hat unter den Saarbergleuten große Erregungen hervorgerufen. Unter anderen nahm eine große Belegschaftsversammlung der Grube Camphausen dagegen Stellung, ebenso gegen die Entlassung zweier Bergleute, die sich die Leibesvisitation nicht gefallen ließen. In einer Entschließung wurde gegen derartige Uebergriffe, die gegen Recht, Sitte, Anstand und Menschenwürde verstoßen, entschieden Verwahrung eingelegt und bedauert, daß die Grubenverwaltung derartige Handlungen gutheißt und solche Bergleute, die sich mit Recht einer Visitation auf offenem Platze widersetzen, kündigt bezw. entläßt. Die Belegschaft nimmt ohne weiteres an, daß der Entlassene wieder angestellt resp. der Gekündigte weiterbeschäftigt wird und erwartet von der Generaldirektion in Saarbrücken, daß umgehend eine Verfügung an die einzelnen Gruben herausgegeben wird, wonach Leibesvisitationen der Bergleute verboten werden. Sollten wider Erwarten noch weiter derartige Visitationen auf einzelnen Gruben vorgenommen werden, so ersucht die Versammlung alle Belegschaftsmitglieder, sich derartige Untersuchungen nicht mehr gefallen zu lassen.

Beschäftigung französischer Grubenarbeiter auf den Saargruben.

(Grz.) **St. Ingbert**, 14. Nov. Auf der pfälzischen Grube Frankenholz, die zu den saarländischen Privatgruben gehört und nach den Saarbeckenbestimmungen an Frankreich abgetreten werden mußte, wurde in letzter Zeit eine Anzahl französischer Bergarbeiter angelegt, während auf der anderen Seite die französische Grubenverwaltung im Saargebiet die Belegschaftsziffer der Saargruben wegen Absatzmangels allmählich vermindert. Durch die herangezogenen französischen Bergarbeiter ist die Wohnungsnot für die einheimische Bevölkerung erneut verschärft worden, da die französischen Bergleute ungemein hohe Mietpreise anbieten, um in den Besitz einer Wohnung zu gelangen. Die Tatsache der Beschäftigung französischer Bergleute hat die Bevölkerung außerordentlich erregt.

Ehrung Gerhard Hauptmanns zu seinem 60. Geburtstag.

Berlin, 15. Nov. Anläßlich des heutigen 60. Geburtstags Gerhart Hauptmanns ließ der Reichspräsident dem Dichter als Ehrengabe des Reiches den deutschen Adlerschild überreichen, ein von Professor Wacker München entworfenes und ausgeführtes Kunstwerk aus Bronzeguß, das auf einem Sockel in rundem Schild den Reichsadler zeigt. Die Rückseite des Schildes trägt zwischen Lorbeer- und Eichenzweig die Inschrift: Gerhart Hauptmann, dem Dichter und Seher, in dessen Werk die Seele des deutschen Volkes zum Lichte rang. Der Reichspräsident. — Die Gabe war von nachstehendem Schreiben des Reichspräsidenten begleitet: Mein lieber sehr verehrter Gerhart Hauptmann! Um führende Deutsche, die ihren Namen in die Geschichte des Vaterlandes eingegraben haben, zu ehren, habe ich das Symbol des Reiches, den deutschen Adler in Bronze prägen und diese Prägung auf einem Sockel aufstellen lassen. Das erste Stück dieses Adlerschildes überreiche ich Ihnen an dem Tage, da ganz Deutschland an der Feier Ihres 60. Geburtstages teilnimmt. In einer Zeit der Unrast und der Bedrängnis steht Ihr Bild leuchtend vor unserem Auge. An der Wurzel unserer Gegenwart geboren haben Sie ihre Kämpfe und Wirrnisse vorausschauend empfunden und es vermocht, die ringende Kraft unserer Zeit und unseres Volkes zu unvergänglicher Gestalt zu erheben. Die Liebe zum Vaterland auch in ihrem chaotischen Drängen haben Ihr Herz und Ihre Werke erfüllt. Es möge Ihnen heute entgegenklingen, daß das deutsche Volk Ihren Namen als den eines Führers ehrt und daß unsere Zeit die seherische Bedeutung Ihres Schaffens begreift. Es hat einen tiefen Sinn, den niemand besser als Sie würdigen wird, wenn ich Ihnen als Zeichen des Dankes des deutschen Volkes diesen schlichten deutschen Adler überreiche als ein Symbol dafür, daß ein großs ringendes Volk Kraft und Mut aus den Werken seiner Meister schöpft. Mir persönlich aber ist eine besondere Freude, Ihnen an diesem Tag meine aufrichtigsten und herzlichsten Glückwünsche zu sagen, denen ich hiermit Ausdruck gebe als Ihr Ihnen stets ergebener Ebert.

Berlin, 16. Nov. In der gestrigen Festvorstellung im Großen Schauspielhaus zu Ehren Gerhart Hauptmanns, der auch Reichspräsident Ebert beiwohnte, kam es zu stürmischen Kundgebungen für den anwesenden Dichter. Es wurde „Florian Geyer" gegeben. Der Darsteller der Titelrolle, Eugen Klöpfer, überreichte am Schluß des Spiels dem Dichter, der sich immer wieder auf dem Podium zeigen mußte, einen goldgezierten Lorbeerkranz.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Reichstag.

Berlin, 14. Nov. Der Reichstag beschäftigte sich heute hauptsächlich mit kleinen Anfragen und trat dann in die Beratung seiner **neuen Geschäftsordnung** ein, die im allgemeinen die Redezeit auf ¾ Stunden beschränkt, die Disziplinargewalt des Präsidenten erheblich verstärkt, bei gröblicher Verletzung der Ordnung den Ausschluß des Mitglieds von der Sitzung, bei Widersetzlichkeit sogar einen Ausschluß von 8 bis 20 Sitzungstagen vorsieht. Mit wenigen Ausnahmen begrüßten die Redner aller Parteien die neue Geschäftsordnung, deren Beratung morgen fortgesetzt wird. Unter den kleinen Anfragen ist zu erwähnen eine von kommunistischer Seite gestellte, ob Reichsbankpräsident Havenstein nach seiner Rückkehr von London erklärt habe, er sei nicht verpflichtet, der Reichsregierung irgendwelche Aufschlüsse zu geben. Regierungsseitig wurde erwidert, daß Havenstein nach seiner Rückkehr aus London die Bereitwilligkeit der Reichsbank erklärte, mit ihren Mitteln einzugreifen, aber nähere Mitteilungen über die Abmachungen mit der Bank von England zu machen ablehnte, da es sich um eine rein geschäftliche Transaktion gehandelt habe, zu deren Geheimhaltung er verpflichtet sei. Nach Ansicht der Reichsregierung treffe es zu, daß für den Reichsbankpräsidenten keine Verpflichtung bestehe, der Reichsregierung Mitteilungen über geschäftliche Verhandlungen zu machen. — Auf eine weitere Anfrage wegen der **angeblichen Ausfuhr eines Diadems im Werte von mehreren hundert Millionen Mark** als Brautgeschenk für die zweite Frau des ehemaligen Kaisers antwortete der Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums, ein Ausfuhrantrag für das Diadem oder einen sonstigen wertvollen Schmuck, der für den ehemaligen Kaiser in Holland bestimmt gewesen sei, sei bei den zuständigen Ausfuhrstellen nicht gestellt worden. Die Nachforschungen des Landesfinanzamts Groß-Berlin nach dem Schmuckstück, das in Pressenotizen erwähnt worden sei, hätten ergeben, daß es sich um einen Schmuck handle, der von einem schlesischen Grafen zur Umarbeitung einem Berliner Juwelier gegeben worden sei und im Eigentum der Familie in Deutschland verbleibe. Die Reichsregierung habe daher keine weiteren Schritte veranlaßt.

Ein Antrag der Deutschnationalen auf Wahlpflicht.

Berlin, 16. Nov. Nach einer Meldung der „Vossischen Zeitung" ist dem Reichstag von der Deutsch-Nationalen Volkspartei ein Initiativantrag zugeangen, der die Reichsregierung verpflichten will, bis zum 1. Februar 1923 ein Reichsgesetz vorzulegen, wonach die Wahlberechtigten bei den Wahlen zum Reichstag und zu den Volksvertretungen der Länder ihr Stimmrecht auszuüben verpflichtet sind.

Neue Erhöhung der Frachttarife ab 1. Dezember.

Berlin, 15. Nov. Der Reichsverkehrsminister hatte den ständigen Ausschuß des Reichseisenbahnrats für heute Vormittag einberufen, um über die Folgen der Geldentwertung, wie sie seit der letzten Tariferhöhung vom 1. Nov. eingetreten ist, für die Reichsbahn Bericht zu erstatten und sein Gutachten über die zur Erhaltung des Gleichgewichts zwischen den Einnahmen und den Ausgaben zu treffenden Maßnahmen einzuholen. In einer mehrstündigen eingehenden Beratung wurde die Wirtschaftspolitik der Reichsbahn, deren Ziel dahin geht, für die Aufrechterhaltung des Betriebs selbst erhebliche Opfer zu bringen, als richtig anerkannt und gebilligt. Folgende Entschließung wurde einstimmig angenommen: „Der ständige Ausschuß des Reichseisenbahnrats nimmt zur Kenntnis, daß die seit dem 1. 11. eingetretene Steigerung der Löhne und Materialien und insbesondere der Brennstoffe eine **abermalige Erhöhung der Frachttarife notwendig** erscheinen läßt. Er erwartet, daß diese Erhöhung sich in engsten, durch die Verteuerung der Ausgaben unbedingt gebotenen Grenzen halten wird. Durch Mehrheitsbeschluß wurde ein Zusatz zu dieser Entschließung angenommen, der die Erwartung ausdrückt, daß die Verschiebungen, die durch die Steigerung der Frachtsätze für die einzelnen Güter eingetreten sind, durch die Neutarifierung der Güter ausgeglichen werden. So ist demnach zum 1. 12. mit einer Angleichung der Gütertarife an den gesunkenen Geldwert zu rechnen, deren Ausmaß jedoch noch nicht übersehen werden kann.

Aussprache im bayrischen Landtag über die Erklärungen des neuen Ministerpräsidenten

München, 14. Nov. Im Landtag begann heute vormittag die Aussprache über die Erklärungen des neuen Ministerpräsidenten. Als erster Redner erklärte namens der Bayerischen Volkspartei Abg. D. Wohlmuth, daß seine Partei die Ausführungen v. Knillings über das Verhältnis Bayerns zum Reich unterschreibe. Sie wünsche eine aktive Anteilnahme Bayerns an der Reichspolitik, indem sie ratend und korrigierend eingreife. Sie wünsche auch die Mitwirkung der einzelnen Staaten und den Ausbau des föderalistischen Charakters des Reichs, wenigstens in dem Maße, wie er vor dem Kriege bestanden habe. Zu der Forderung nach einem Revolutionsfeiertag sagte der Redner, Torheiten begehe man, aber man feiere sie nicht. Auf die einzelnen Teile der Regierungserklärung eingehend, betonte Abg. Wohlmuth, daß die Regierung auf kein Machtmittel zur Wahrung der Staatsautorität verzichten dürfe. An Putschgefahr glaube er nicht. Für die vereinigte Sozialdemokratische Partei erklärte Abg. Timm, daß diese v. Knilling unterstütze, wenn er die Interessen der Allgemeinheit vertrete, ihn aber entschieden bekämpfe, wenn er eine einseitige Parteipolitik verfolge, gegen die Einheit des Reichs arbeite, oder sich auf reaktionäre Wege begebe. Er verlangte von dem Ministerpräsidenten Auskunft, was er gegenüber der Hetze gegen die Sozialdemokratie zu tun gedenke und gegenüber der offenen Aufforderung zur Gewalt, wie sie in einem Artikel im „Heimatland" zum Ausdruck gekommen sei.

Der neue bayrische Handelsminister.

München, 16. Nov. Im Landtag machte außerehalb der Tagesordnung gestern Ministerpräsident Dr. v. Knilling die Mitteilung, daß der derzeitige Staatsrat für Handel, Industrie und Gewerbe, Dr. v. Meinel zum Minister in diesem Ministerium ernannt wurde. Als politischer Stellvertreter sei ihm der Ministerialdirektor Dr. Schmidt als Staatssekretär beigegeben. Der Landtagspräsident stellte fest, daß der Landtag damit einverstanden sei.

Bevorstehende Aufhebung der Volksgerichte in Bayern.

Berlin, 14. Nov. Wie die „Voss. Ztg." aus München meldet, dürfte im Laufe der nächsten Tage von der bayerischen Regierung die Aufhebung der Volksgerichte verkündet werden, da, wie das Blatt schreibt, die Erkenntnis der Entbehrlichkeit der Volksgerichte in den heute wieder beruhigten Kreisen zum Durchbruch komme.

Kommunistischer Amnestieantrag in Bayern.

München, 15. Nov. Die kommunistische Partei hat im Landtag einen Antrag eingebracht, der verlangt, daß für sämtliche politischen Gefangenen in Bayern eine allgemeine Amnestie erlassen wird und daß die Abgeordneten Wagemeister, Sauber und Toller aus der Festungshaft entlassen werden, damit sie ihr Mandat ausüben können.

Der Scheidemannprozeß.

Leipzig, 15. Nov. Im Prozeß wegen des Anschlags auf Oberbürgermeister Scheidemann, der in den nächsten Tagen vor dem Staatsgerichtshof verhandelt wird, ist den beiden Verhafteten jetzt die Anklageschrift zugestellt wordm. Angeklagt sind der 22jährige Kaufmann Hans Huyter aus Elberfeld und der 19jährige Landwirt Karl Oelschläger aus Althammer bei Kosel in Oberschlesien. Huyter hat den Mordversuch ausgeführt; Oelschläger soll die Flüssigkeit beschafft haben, die Huyter Scheidemann ins Gesicht spritzte.

Die Unruhen in Köln.

Köln, 14. Nov. Bei den gestrigen Unruhen wurden im ganzen etwa 40 Personen zum Teil wegen Plünderung, zum Teil wegen tätlichen Angriffs und Widerstands festgenommen. Gegen 10 Uhr abends war die Innenstadt wieder ruhig. In Ehrenfeld, wo die Polizei von der Hieb- und der Schußwaffe Gebrauch machen mußte, wurden mehrere Zivilpersonen durch Säbelhiebe und zwei durch Arm- und Beinschüsse verletzt. Ueber die Unruhen besagt eine weitere Meldung, daß sich gestern abend gegen 7 Uhr auf der Hohen Straße in Köln Passanten zusammenrotteten, die von der Polizei aber vertrieben wurden. Die Geschäfte hatten schon vor 7 Uhr geschlossen. Im südlichen Stadtteil wurden viele Läden geplündert. Starke Menschentrupps zertrümmerten mit Steinen, Eisen und Werkzeugen die Fensterscheiben und raubten die Geschäfte vollständig aus. Völlig ausgeplündert wurden insbesondere die Auslagen von Schuhgeschäften, ferner ein Krawattenhaus, ein Schirmgeschäft, ein Hutgeschäft, ein Zigarrengeschäft und Lebensmittelgeschäfte. Das Eingreifen der Polizei war durch den dichten Nebel sehr erschwert. Die Menge zerstreute sich erst gegen 10 Uhr abends. Der Schaden beträgt viele Millionen Mark.

Abflauen des Streiks in Düsseldorf.

Düsseldorf, 16. Nov. Der gestrige Tage verlief ruhig. In einer Reihe von Betrieben ist die Arbeit wieder aufgenommen worden. Während des ganzen Tages haben Verhandlungen zwischen der Stadtverwaltung, den Arbeitgebern, den Streikenden und den Gewerkschaften stattgefunden. Die Vertreter der Gewerkschaften gaben vor Schluß der Verhandlung die Zusicherung, daß sie alles tun würden, um die Wiederaufnahme der Arbeit für Donnerstag früh zu erreichen. Die Arbeitgeber erklärten, daß keine Maßregelung vorgenommen werden würde.

Energische Bekämpfung des Wuchers in Preußen.

Berlin, 15. Nov. Wie die „Sozialdemokratische Korrespondenz" zu der Berufung des Abgeordneten Grzesinski zum Leiter des preußischen Landespolizeiamts mitteilt, soll sich das Landespolizeiamt mit allen Kräften der energischen Wucherbekämpfung in Preußen zuwenden. Das Landespolizeiamt werde mit aller Schärfe gegen den die Bevölkerung ausraubenden Wucher vorgehen und hoffe dabei auf die Unterstützung weitester Volksschichten. Weitere Maßnahmen zur Wucherbekämpfung erfolgen vom preußischen Ministerium des Innern und vom Landespolizeiamt in Kürze.

10 Millionen Reichsbankgeld gestohlen.

Berlin, 15. Nov. Beim Verladen von Geldbeuteln vor der Reichsbank wurde gestern trotz starker Bewachung ein Beutel, der 10 Millionen Mark in 10 000 Mark-Scheinen in der Originalpackung der Reichsbank enthielt, gestohlen. Bisher ist es noch nicht gelungen, den Verbleib des Geldes festzustellen.

Die Valuta als Anreiz zum Diebstahl.

Berlin, 15. Nov. Ein junges Mädchen, das sich bei einem Ehepaar in der Nachotstraße eine Stellung als Kinderfräulein verschafft hatte, hat während eines Ausgangs des Ehepaars einen Koffer mit 2000 Dollar, einem Brillantring, Wäsche und Kleidern im Gesamtwerte von 20 Millionen Mark entwendet. Ein junger Mann hat den Koffer mit einem Auto fortgeschafft. — In einem Pensionat wurden zwei Argentiniern von einem angeblichen Italiener, der sich ihnen als Dolmetscher anbot, ein Koffer, der für 6 Millionen Pesetas enthielt, gestohlen. Ein Helfershelfer des angeblichen Dolmetschers wurde festgenommen. Der eigentliche Täter wurde auf dem Lehrter Bahnhof verhaftet. Ein Teil der Beute wurde in der Hasenheide wieder aufgefunden, wo der Dieb sie vergraben hatte.

Bestellen Sie das „Calwer Tagblatt".

4)

Der Weihnachtsfund.

Von Hermann Kurz.

Die beiden Männer wechselten einen Blick des Einverständnisses, dann sagte Erhard traurig: „Meister, Ihr seid seelengut, Ihr seid der beste Mann von der Welt. Gott woll es Euch lohnen, wie Ihr an mir tut und wie Ihr es mit mir vorhabt. Aber es scheint, mir will es nicht blühen. Damit es nicht undankbar und leichtfertig aussieht, so bitte ich mir Bedenkzeit bis morgen aus und will Eure große Gutheit jetzt nicht gleich von der Hand weisen. Ihr seid ja nicht schuld, wenn nichts daraus wird. Aber, nicht wahr, Meister? wenn ich morgen beim Abschied nichts mehr von der Sache rede, dann lasset Ihr es auch ruhen, denn ich möchte fortgehen wie ein Mann und nicht wie ein Kind. Da, in meinem Herzen, will ich Euch festbehalten und wollte nur, daß ich es Euch einmal vergelten könnte."

Er schüttelte ihm kräftig die Hand und trat ans Fenster.

Der Löwenwirt ging zu seiner Frau zurück und sagte: „Sie will nicht. Ich kann sie eigentlich doch nicht recht begreifen. So eine Gelegenheit kommt nicht so leicht wieder. Will sie denn eine alte Jungfer werden?"

Die Löwenwirtin blickte in ihrer ruhigen Art eine Weile vor sich hin und versetzte hierauf: „Sie läßt eben den Verstand walten und will nicht mit Schulden anfangen. Wiewohl, es wundert mich selber, ich hätte sie für weicher gehalten; denn ich bin gewiß, es bricht ihr schier das Herz."

„Sprich du zu ihr," sagte er.

„Nein, Mann, das tue ich nicht," erwiderte sie, „ich will die Verantwortung nicht auf mich laden; sie muß am besten wissen, was sie zu tun hat. Im Anfang ist es freilich lustig hausen, aber wenn Unglück und Fehljahre und Krankheiten kommen und jedes Jahr ein Kind, und man hat nichts vor sich gebracht und soll noch Schulden zahlen, dann hat man die Hölle auf Erden und hätte sich lieber zehnmal bedacht, als daß man mit ebenen Füßen ins Ehebett gesprungen wäre. Der ledige Stand ist auch nicht zu verachten. Ich laß der Justine nichts geschehen, wenn sie auch den Kopf fragt und nicht bloß das Herz. Aber ich muß es noch einmal sagen: es nimmt mich doch ein wenig wunder, und ich will nur sehen, ob es ihr bis morgen nicht anders kommt."

Das eheliche Zwiegespräch wurde durch ein wildes Getöse unterbrochen. Nach dem Vorbild des Weltlaufes, der eine Tyrannei gerne durch eine Empörung ablöst, nahm auch die Zuchtherrschaft des Schantiklas ein Ende. Die Opfer seiner Rute, des langen Duldens müde, kehrten sich endlich einmütig gegen ihn, trieben ihn, was bei seinem hölzernen Gehwerke keine Kunst war, kläglich in die Enge, versetzten ihm Stöße und Püffe, und wie er einmal recht mit der Rute ausholen wollte, um seine rebellischen Untertanen zu Paaren zu treiben, stürzte er auf einmal, von irgend einem unbekannten Stoß an seinen unzuverlässigen Unterstock getroffen, mit einem hauserschütternden Gepolter der Länge nach zu Boden. Er hätte freilich bei diesem Scherze bösen Schaden nehmen können, aber ein kräftiger ländlicher Weihnachtsschwank hat sich niemals viel um solche Kleinigkeiten bekümmert. Der Heilige warf übrigens, hilflos am Boden liegend, schlimme Blicke aus den rußigen Augenrändern auf Alex, der allerdings im Augenblick seines Sturzes nahe genug bei ihm gewesen war. Die anderen richteten ihn vorsichtig auf, aber nur, um die wilde Jagd von neuem zu beginnen. Sie pufften ihn mit dem Geschrei: „Hinaus mit dem Schantiklas!" gegen die Türe, durch die er endlich unter allgemeinem hellem Jubel brummend und um sich schlagend verschwand.

Nach diesem Spaß trat einige Ruhe ein. Die Hausfrau forderte Justinen auf, ihr die Kinder in der Kammer zu Bett zu bringen helfen, was bei der Aufgeregtheit derselben keine geringe Mühe kostete. Als sie in Schlaf gebracht waren, sagte die Frau: „Ich lasse dir die Wahl, Justine, wer von uns heute nacht in die Kirche gehen soll, ich oder du; beide können wir nicht, denn ich mag die Kinder nicht ganz allein lassen."

„Ich war ja vor einem Jahr drin", erwiderte Justine.

„Ja, aber ich gönn es dir heuer wieder" versetzte die Löwenwirtin gutmütig. „Es ist so gar was Schönes drum. Das ganze Jahr sieht man in der Kirche nichts als leere Wände und den Pfarrer auf der Kanzel, und die Sonne scheint durch die unbemalten Fenster herein, daß mir's oft, verzeih mir's Gott, ganz werktäglich vorkommt. Wenn man eben, wie ich, in einer katholischen Stadt aufgewachsen ist, so möchte man in der Kirche auch manchmal etwas mehr haben. Drum habe ich nichts lieber, als so einen Gottesdienst um Mitternacht, wo die Kirche von Lichtern flimmert und der Altar mit Tannenzweigen verziert ist, daß er wie ein grüner Wald aussieht, und mitten drin das Christkindlein in der Krippe und seine Mutter und sein Pflegevater dabei und die Hirten auf den Knieen umher, und alles das mit kleinen Lampen von unten her beleuchtet, so daß die Farben, rot und blau und gold, wie im Feuer glänzen; und der Geistliche steht daneben und verliest die heilige Geschichte, und die Orgel tönt ganz anders als sonst; und die vielen Menschen sehen in dem Zwielicht so feierlich aus. Da wacht einem die Seele auf. Es ist nur schade, daß man so was bloß einmal im Jahre haben kann."

(Fortsetzung folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Aus Stadt und Land.

Calw, den 16. November 1922.

Die Einigung der württ. Landwirtschaft.

In der Landesausschußsitzung des Landwirtschaftlichen Hauptverbands, die am Dienstag unter dem Vorsitz von Schultheiß Maunz in Stuttgart stattfand, ist beschlossen worden, daß der Landwirtschaftliche Hauptverband sich dem Schwäbischen Bauernverein anschließen solle. Dieser Beschluß wurde einstimmig gefaßt. Auch die wesentlichste Bedingung, die nämlich, daß sich die neue Gesamtorganisation der Vereinigung Deutscher Bauernverein Berlin anschließe, wurde mit großer Stimmenmehrheit angenommen.

Sperrung der Viehausfuhr nach dem Saargebiet.

Wie bekannt, ist Ernährungsminister Keil wiederholt in Berlin vorstellig geworden, um eine Einschränkung der Viehausfuhr von Württemberg nach dem besetzten Gebiet zu erreichen. Nun hat das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft den Delegierten des deutschen Reichskommissars für Ein- und Ausfuhrbewilligungen in Saarbrücken angewiesen, bis auf weiteres keine Ausfuhrbewilligung mehr für Schlacht-, Zucht- und Nutzvieh aus Württemberg nach dem Saargebiet zu erteilen.

*

(SCB.) **Stuttgart,** 15. Nov. Neuerdings wird von verschiedenen Seiten mit dem Gedanken des sog. bewaffneten Selbstschutzes gespielt. Die Polizeidirektion warnt nachdrücklich vor seiner Verwirklichung. Der Besitz von Schußwaffen nebst Munition ist nur auf Grund eines Waffenscheins gestattet. In einer öffentlichen Versammlung oder einem öffentlichen Aufzug darf niemand bewaffnet erscheinen. Wer unbefugt einen bewaffneten Haufen bildet oder befehligt oder sich einem solchen anschließt, wird mit Gefängnis bestraft, sofern nicht noch schwerere Strafandrohungen in Betracht kommen. Waffe im Sinn dieser Bestimmungen ist jeder zur Zufügung von Verletzungen beim Angriff oder bei der Abwehr geeignete und hiezu bestimmte Gegenstand.

(SCB.) **Oferdingen,** OA. Tübingen, 15. Nov. Die Leiche des seit Wochen vermißten Studenten ist im Neckar gefunden worden.

(SCB) **Trossingen,** 14. Nov. Die „Trossinger Zeitung" enthält folgende Anzeige: Für eine Silbermark bekommen Sie im Ratskeller 6 Viertel Wein, 1 Vesper, 1 Cognac und eine Zigarre zu 50 Mark extra.

(SCB) **Aalen,** 14. Nov. Die Arbeiterschaft der „Süddeutschen Gabelfabrik" hat auf Anregung und im Einvernehmen mit der Firma einstimmig beschlossen, **für Zwecke der Wohlfahrtspflege Ueberstunden** zu machen, und zwar vorerst wöchentlich eine Ueberstunde. Der Ertrag der Überstunden wird an die Stadtverwaltung übergehen für wohltätige Zwecke irgendwelcher Art, der Krankenpflege, der Armenfürsorge oder sonstiger Hilfsmaßnahmen, die für die Not des Winters wohl besonders dringend sind. Die Firma selbst will jeweils zu der Summe noch einen eigenen Beitrag leisten.

(SCB.) **Hüttlingen,** OA. Aalen, 15. Nov. Die 82 Jahre alte Katharine Millan ist unter dem Verdacht der Vergiftung plötzlich gestorben. Die gerichtliche Sektion hat ergeben, daß der Tod durch Ersticken eingetreten ist.

(SCB) **Heilbronn,** 14. Nov. Wegen verbotenen Viehhandels standen vor dem Wuchergericht der Metzger und Wirt Gustav Munz in Oetisheim, der Metzger und Wirt Julius Fröschle in Pforzheim, der Viehhändler Karl Böhringer in Großglattbach und der Viehhändler Truckſäß in Pforzheim. Die Schiebungen solcher Händler an der württembergisch-badischen Grenze tragen viel zur Verteuerung des Fleisches bei. Munz wurde verurteilt zu einer Geldstrafe von 3000 M, Fröschle zu einer Gefängnisstrafe von 6 Monaten und zu einer Geldstrafe von 3000 M, Böhringer zu einer Gefängnisstrafe von 3 Wochen und zu einer Geldstrafe von 8000 M, Truckſäß zu einer Gefängnisstrafe von 6 Monaten und zu einer Geldstrafe von 3000 M, außerdem wurde der Uebererlös im Betrag von 4000 M von Böhringer eingezogen.

(SCB.) **Lorch,** 15. Nov. In die Daiber'sche Villa wurde eingebrochen. Der Dieb, der mit den Lokalitäten gut vertraut zu sein schien, entwendete 5 Pfund Fleisch und etwa 30 Pfund Schmalz. Die zum Bügeln bereit stehende Wäsche hat der Dieb in ein Rupfentuch eingeschlagen, aber nicht mitgenommen.

(SCB.) **Wurzach,** 15. Nov. Ein Käsereibesitzer im nahen A. wurde von einem Schwindler dadurch um 70 000 Mark geschädigt, daß dieser ihm für gelieferte Butter und Käse zwei Schecks ausstellte, die sich aber als gefälscht erwiesen. Der freche Schwindler hat sich nach Abschicken der Waren noch zwei Tage hier aufgehalten.

(SCB.) **Kappel** OA. Ravensburg, 15. Nov. Der Sohn des Dreschmaschinenbesitzers Hanser in Geigerstobel hat es verstanden, in seiner Dreschmaschine eine Vorrichtung anzubringen, in der das den Bauern während des Dreschens abgezwackte Getreide abgeleitet wurde. Durch diese Manipulation geriet die ganze Gemeinde in Erregung. Josef Hanser in Geigerstobel, Gebhard Amrein und Albert Hafner in Sattelbach wurden verhaftet. Sie hatten auf diese Weise etwa 6 Ztr. Weizen sich angeeignet und in Geld umgesetzt.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

Der Dollar stand gestern auf **7563 Mark,** der Schweizer Franken auf **1402 Mark.**

Der neue Kaffeepreis.

Der Verbraucherpreis für gerösteten Kaffee wurde vom Verein der Kaffeegroßröster und -Händler, Sitz Hamburg, offiziell mit 2600—3150 M für 1 Pfund je nach Güte notiert.

Märkte.

(SCB.) **Tübingen,** 15. Nov. Auf dem Viehmarkt wurden verkauft: 59 Ochsen zu 200 000—300 000 M, 89 Kühe zu 150 000—250 000 M, 67 Kalbinnen zu 150 000—270 000 Mark, 74 Stück Jungvieh zu 50 000—150 000 M, 43 Kälber zu 30 000—50 000 M, 20 Läuferschweine zu 30 000—50 000 Mark, 540 Milchschweine zu 14 000—25 000 M per Stück. Der Handel auf dem Viehmarkt war anfangs sehr lebhaft, flaute aber zum Schluß entschieden ab. Auf dem Schweinemarkt war der Handel infolge der sehr hohen Preise durchweg schleppend. Es wurde jedoch alles abgesetzt.

(SCB) **Mergentheim,** 15. Nov. Der Schweinemarkt war mit 178 Milch- und 8 Läuferschweinen befahren. Die Preise bewegten sich von 28—42 000 M bei Milch- und 56—88 000 M bei Läuferschweinen. — In Rothenburg o. T. kostete das Paar Saugschweine 16—32 000 M.

(SCB) **Göppingen,** 14. Nov. Dem Viehmarkt waren zugetrieben: 3 Stück Ochsen, 4 Stück Kühe, davon 3 verkauft, 14 Stück Jungvieh, davon 8 verkauft, 4 Stück Kälber, davon 2 verkauft, 16 Stück Läuferschweine, alle verkauft und 6 Stück Milchschweine, die ebenfalls alle verkauft wurden. Die Preise bewegten sich bei den Kühen von 90 000 bis 200 000 Mark, beim Jungvieh von 90—180 000 Mark, bei den Kälbern von 28—45 000 Mark, bei den Läuferschweinen von 12—17 000 Mark und bei den Milchschweinen von 10—13 000 Mark pro Stück.

(SCB.) **Leutkirch,** 15. Nov. Der Schranne waren zugeführt: 2 Ztr. Weizen, 829 Ztr. Haber und 1,78 Ztr. Weizen. Erlös für alten Haber 30 000 M, neuen Haber 20 000 M, für Erbsen 22 000 M, je pro Doppelzentner. Der Weizen blieb stehen.

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Verkehrskosten in Zuschlag kommen. D. Schriftl.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Seltmann, Calw.
Druck und Verlag der A. Oelschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Oberhaugstett.

Nächsten
Sonntag, den 19. ds. Mts.,
nachmittags 1½ Uhr,
findet hier die

Krieger-Denkmals-Einweihung

statt, wozu herzlich eingeladen wird.

Den 14. November 1922.

Schultheiß Proß.

Stammheim, den 16. November 1922.

Danksagung.

Allen, die uns bei dem Unfall und Heimgang unseres lieben, treubesorgten Gatten, Vaters, Bruders, Schwagers und Onkels

Christian Roller

Hilfe geleistet und Teilnahme bezeugt haben, danken wir herzlich. Besonders danken wir für die trostreichen Worte des Herrn Pfarrers, für den erhebenden Gesang des Kirchenchors, für den letzten Liebesdienst der Herren Ehrenträger und für die überaus zahlreiche Begleitung zu seiner letzten Ruhestätte.

Im Namen d. tiefstrauernd. Hinterbliebenen:
Margarete Roller, geb. Zeiler.

Calw, den 15. Nov.

Todes-Anzeige.

Werten Freunden u. Bekannten teilen wir die traurige Nachricht mit, daß unser liebes, unvergeßliches Kind

Luise

im Alter von 4 Jahren 3 Monaten rasch und unerwartet in die ewige Heimat abgerufen wurde.

Die tiefstrauernden Hinterbliebenen:
Hermann Kölle mit Frau Luise geb. Rentschler.

Beerdigung findet Freitag nachm. 3 Uhr vom Trauerhaus Zwinger 300 statt.

Suche
zur Mithilfe täglich vorm. im Haushalt tüchtiges ehrliches
Mädchen oder Frau
bei guter Bezahlung. Näh. zu erfrag. in d. Geschäftsst. d. Bl.

Einen tüchtigen, jüngeren
Langholz-Fuhrmann
für sofort gesucht.
Ebenso sind etliche schöne, 10 Wochen alte
Halbhunde
abzugeben
Ernst Burkhardt & Cie., Unterreichenbach.

Ein Tafel-Klavier
setzt d. Verkauf aus.
Wer, sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

10 000 Mark Belohnung
demjenigen, welcher mir meine
a. d. Bahnhof Calw verlorene Brief-Mappe mit Inhalt zurückerstattet.
Karl Treiber, Altensteig, O.-A. Nagold.

Pfannkuch & Co
Für die
Zucker-Belieferung:
Unsere Kundschaft wird gebeten, die
Bestellmarken baldmöglichst bei uns abzugeben,
damit pünktliche Belieferung erfolgen kann.
Pfannkuch & Co G. m. b. H. in den bekannten Verkaufsstellen.

Hier!
In den Spalten der kleinen Anzeigen findet die praktische Hausfrau gute Gelegenheit überflüssig. Hausgerät zu verkaufen!
▽

6—7 Zentner
Tafel-Obst
sucht zu kaufen.
Wer, sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Rasch berichtet das „Calwer Tagblatt" über alle wissenswerten Vorkommnisse!

Starkes
Läufer-Schwein
verkauft
Paul Burkhardt.

Windhof.
Verkaufe ¾ Jahr altes
Rind
Georg Rothacker.

Weilderstadt.
Wir bringen wegen Entbehrlichkeit am Montag, (Viehmarkt) den 20. Nov. 1922 vormittags 11 Uhr
2
Kühe
im öffentlichen Aufstreich zum Verkauf.
Hospitalverwaltung.

Zu unserer am Samstag, den 18. ds. Mts., im Gasthof zum „Rößle" stattfindenden
Hochzeitsfeier
laden wir alle Bekannte freundlichst ein.
Emil Kost, Ernstmühl.
Marta Proß, Hirsau.
Kirchgang 12½ Uhr.

Wir tauschen Hafer und Gerste
gegen Weißmehl, Brotmehl und Kleie.
Kohler & Pflaum, Weilderstadt
Getreide, Mehl, Saaten, Fernsprecher Nr. 8.

Wand-Kalender für das Jahr 1923
mit Märkteverzeichnis.
Zum Preise von 10.— Mk. zu haben in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

Heimarbeit in Feston
für Geflechtstaschen gelötet, ist zu vergeben.
Schriftliche Angebote unt. K. P. 268 an die Geschäftsst. d. Bl.

Sprengen von Baumstubben
mit Komperit und Silvit schafft Brennholz und Ackerland. — Billigst sofort ab Lager
Friedrich Kübler, Untertürkheim. Fernsprech. 189.
Cannstatterstraße 156

Bestellen Sie das „Calwer Tagblatt".